

Amts- und Anzeigengeblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Abdruckpreis vierteljährlich M. 3.00 einschließl. des Postzuschlags. Unterhaltungsblattes in der Geschäftsstunde, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshäbel, Neuheide, Oberstüchengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterstüchengrün, Wildenthal usw.

Anzeigenpreis: die kleinspaltige Zeile 20 Wg., auswärts 25 Wg. Im Anzeigenblatt die Zeile 50 Wg. Im amtlichen Zeile die gespaltene Zeile 50 Wg. Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für größere Tage vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fernsprecher ausgegebenen Anzeigen.

Verl.-Adr.: Amtsblatt.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Postfach Nr. 110.

Nr 195.

66. Jahrgang.
Sonntag, den 24. August

1919.

Verkauf von adlergestifteten Decken.

Die in den Lehrgängen für erwerbslose Mädchen an der Industriehochschule hier selbst hergestellten Erzeugnisse (Decken usw.) liegen

Montag, den 25. d. Mts., nachmittags 3—5 Uhr
im Sammlungslokal zur Besichtigung und zum Verkauf aus.

Zum Besuche der Ausstellung laden wir hiermit ein.
Eibenstock, den 23. August 1919.

Der Stadtrat.

Die letzte Woche.

Die Nationalversammlung in Weimar, die keine Lust gezeigt hat, ihren Namen in den des Reichstages zu verändern, sondern diesen Wechsel einer späteren Zeit vorbehalten will, ist jetzt in die Sommerferien gegangen. Die Ernte ihrer Arbeit besteht in einer langen Reihe von Steuergesetzen, die in früheren Jahren als schwierige Probleme betrachtet worden wären, die aber heute infolge der Geldnot ohne große Umstände angenommen worden sind. Darunter befinden sich auch die verschärften Maßnahmen gegen die Steuerflucht, die nicht nur die Kontrolle des Bankgeschäfts, sondern auch den Austausch der Banknoten bringen werden. Die vier wichtigsten Steuergesetze, Vermögensabgabe, neue Umsatzsteuer, Erbschaftsteuer und Reichs Einkommensteuer stehen noch aus, und es bleibt in Einzelheiten abzuwarten, wie sich dieselben in Zukunft gestalten werden. Da die Entente ihre Hand auf den Ertrag der großen Vermögensabgabe legen und denselben zur Deckung der Kriegsschuld verwenden will, so ist es natürlich praktisch, wir machen diese Summen in anderer Weise dem heimischen Bedarf dienlich. Klotzopfer zu bringen, damit die Franzosen das Geld in die Tasche stecken, geht denn doch über die äußersten Grenzen der Gutmütigkeit hinaus.

Ob die Steuern so viel einbringen werden wie veranschlagt ist, ist zweifelhaft. Wenn jetzt die einfachen Briefe 20 Pfennige, die Postkarten 15 Pfennige kosten werden, wird die Schreiblust doch einen Dämpfer erhalten. Trotzdem fehlt noch die durchgreifende Sparpolitik der Reichsverwaltung. Die Zukunft der Offiziere, die ihr Blut und ihr Leben im Kriegswillig geopfert haben, ist für die heutigen Verhältnisse so knapp bemessen, als es nur anging, aber die zehn Millionen Mark Tageszuschuß allein zu der preussischen Staatsbahn, die also jährlich über 3000 Millionen ausmachen, haben noch keine energetische Abhilfe gezeitigt. Und das Feuer der Not brennt auf die Finger, obwohl, oder vielmehr gerade weil die Kohlen fehlen. Es ist noch nicht gelungen, die Entente zu Zugeständnissen zu bringen, auch hinter dem Termin für die Heimkehr der Gefangenen sieht unverändert ein Fragezeichen. Gegen nehmen die Klagen über die französischen Gewalttätigkeiten in den linksrheinischen Gebieten kein Ende, und auch im Osten haben sich die Verhältnisse durch die Zuchtlosigkeit polnischer Banden verschlechtert. Dieses Bandentreiben sieht sich schon wie ein roter Faden durch die letzten 300 Jahre polnischer Geschichte, und scheint auch eine Eigentümlichkeit des neuen Polenreichs werden zu sollen.

Vor dem Ferienbeginn in Weimar hat dort noch die Verteidigung des Reichspräsidenten Ebert auf die Verfassung stattgefunden. Es war ein feierlicher Akt. Leider kann man von einer solchen Konsolidierung in den inneren deutschen Verhältnissen noch immer nicht reden, Streiks und spaziatistische Zettelchen drängen sich noch immer. Was uns das kostet, beweist der andauernde Tiefstand der deutschen Wärla, der uns das Mißtrauen der Welt gegen die deutsche Zahlungsfähigkeit und Arbeitskraft beweist. Daran liegt es auch, daß die Handels- und Ernährungsverhältnisse sich so langsam entwickeln. Wir können schon wieder ganz anders dastehen, wenn wir die Kraft finden, der Richtschnur von Gesetz und Recht, die die größte Unsicherheit bedeutet, ein Ende zu machen.

Wir müssen da unwillkürlich Respekt vor unserem bedeutendsten Gegner, dem englischen Ministerpräsidenten Lloyd George haben. Er hat sich im Londoner Parlament über die englische Zukunft ausgesprochen, hat auch den Arbeitern Lohn erhöhungen und den Achtstundentag zugesagt, aber das soll alles gesetzlich verankert werden, um fortwährende Uebergriffe zu verhüten und von phantastischen Plänen, Sozialisierung und dergl. ist über-

haupt keine Rede, die lehnt der Minister rundweg ab. Das ist der Unterschied zwischen Deutschen und Engländern. Wir machen uns Sorgen über Sorgen, und der Engländer steht nüchtern auf dem Boden des praktischen Geschäftslebens und sieht nur darauf, wie er seinen Verdienst steigern kann. Unter solchen Umständen ist es auch kein Wunder, daß sich die Entente mit der Ratifizierung des Friedensvertrages gar keine Eile nehmen, wir imponieren ihnen nicht.

Wie England es versteht, auch außerhalb des Friedensvertrages seine Ziele zu erreichen, zeigt sein Vertrag mit Persien, das jetzt ganz zur britischen Kolonie gemacht wird. 1913 war Persien zwischen England und Rußland geteilt, heute nimmt das erstere dies wertvolle Gebiet allein und macht damit den weiten indischen Ozean zu einem britischen Meer. Daran wird sich auch nichts ändern, denn die russische Zukunft ist bedeutungslos, gleichviel ob die Agitationen auf Wiedererrichtung der Monarchie sich verwirklichen oder nicht. Das Land ist zu weit herunter gewirtschaftet. Auch in Ungarn läßt sich noch nichts klar übersehen. Es ist zu klein geworden, die Schuldenlast ist zu schwer, als daß eine Gesundung der Verhältnisse so bald zu erwarten wäre. Ob der frühere Kaiser Karl wieder zurückberufen wird, ist eine besondere Frage. Oesterreich hegt diesen Wunsch jedenfalls nicht, man hat die Fragwürdigkeit des letzten Habsburgers, der sich von seiner wenig deutschfreundlichen Gemahlin Jita leiten ließ, zu deutlich erkannt, nachdem der lange sorgfältig gehütete verhüllende Schleier einmal zerrissen war.

Wm.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Die drohende Kohlenkatastrophe. Der Ausschuß zur Prüfung der Arbeitszeit im Bergbau hielt am Mittwoch vorm. in Essen eine weitere Sitzung ab, in welcher die Vernehmung der Auskunftspersonen fortgesetzt wurde. Geh. Kommerzienrat Klöckner gab einen Ueberblick über die Lage des deutschen Kohlenmarktes und kennzeichnete dabei die trostlosen Aussichten, welchen wir gegenübersehen. Nach Auffassung der Sachverständigen steuern wir in sechs Wochen einem Zusammenbruche entgegen, wenn es nicht gelingt, die Förderung von Kohlen zu steigern. An die Lieferung von nur 20 Millionen Tonnen an den Verband sei offenbar nicht zu denken. In diesem Falle würden sämtliche Hochöfen ausgeblasen werden müssen, und das Wirtschaftsleben wäre zum Stillstand. Eine Einfuhr ausländischer Kohle sei abgelehnt, abgesehen davon, daß im Auslande selbst ein großer Mangel an Kohle herrsche. Durch den ungünstigen Stand unserer Währung sei dies auch so gut wie ausgeschlossen. Am Donnerstag vormittag wurde die Vernehmung der Sachverständigen fortgesetzt. Zunächst hielt als Vertreter des Reichskohlenkommissars für die Kohlenverteilung, Generaldirektor Kogeler, einen längeren Vortrag. Seine Ausführungen gipfelten in dem Eingeständnis einer geradezu erschütternd geringen Versorgung Deutschlands mit Kohlen für den kommenden Winter. An Hand eines sehr umfangreichen Zahlenmaterials wurde dies im einzelnen nachgewiesen. In der anschließenden Erörterung wurde übereinstimmend der Wunsch geäußert, daß die Dringlichkeit mehr als bisher über die traurige Lage unserer Kohlenversorgung und damit die Erschütterung unseres Wirtschaftslebens unterrichtet wird. Interessant war es, daß eine Vertretung von Arbeitern aus dem Berliner Baugewerbe ein Mitglied nach Essen entsandt hatte, um in bewegten Worten die Bergarbeiter eindringlich zu bitten, die Kohlenförderung zu steigern, da schon jetzt auf dem Berliner Baugewerbe täglich Hun-

derte von Arbeitern entlassen werden müssen, weil es an Kohlen zur Herstellung der nötigen Baustoffe fehlt. Bei einer Verschärfung der Lage würde eine Katastrophe unvermeidlich sein.

Gefährdung der Fettversorgung. Der Reichsernährungsminister war infolge der im weilsichtiger Weise abgeschlossenen Einkaufs in die Lage versetzt, vom 1. August ab die Preisfestsetzung derart zu erhöhen, daß der dringendste Fett Hunger der Bevölkerung für die kommende Zeit einigermaßen befriedigt werden konnte. Durch die Fortdauer der Streikbewegung in den Kohlengebieten und die damit verbundene mangelnde Kohlenlieferung an die Margarinewerke ist die Speisefettversorgung der Bevölkerung aufs äußerste gefährdet. Bereits jetzt ist die Hälfte der für die Margarineproduktion tätigen Werke zum Stillstand verurteilt. Rohstoffe sind genügend da, können aber im unerbearbeiteten Zustand an die Bevölkerung nicht verteilt werden. Wenn nicht in letzter Stunde die Arbeiter ein Einsehen haben und die dringend erforderlichen Kohlen fördern, ist es eine Unmöglichkeit, die Speisefettversorgung weiter durchzuführen.

Zwecklose Eilbriefe. Zahlreiche Briefe werden aus Deutschland täglich als Eilbriefe nach der Schweiz gesandt in der Annahme, daß diese eiligen Postfächer sofort nach Eintreffen am Bestimmungsort dem Adressaten durch besonderen Boten zugestellt würden. Das ist jedoch nicht der Fall. Wie aus Zürich geschrieben wird, werden Eilbriefe gegenwärtig nicht als Eilsendungen behandelt, sondern werden, weil das Personal fehlt, als gewöhnliche Briefe befördert. Es ist deshalb zu empfehlen, Eilbriefe augenblicklich nach der Schweiz zu senden. Im Postverkehr in der belgischen Besatzungszone ist die Angabe des Gesamthalts eines Pakets auf dessen Außenseite und auf der Paketkarte nicht mehr erforderlich.

Die Auswanderung von Fabriken aus Großstädten, wo die Geschäftskosten so sehr gestiegen sind, in solche Gegenden, wo die Industrie erst in der Entwicklung begriffen ist, oder noch gar nicht vertreten war, hat ein verstärktes Tempo angenommen. In erster Reihe wandern solche Unternehmungen aus, für deren Tätigkeit kein langes Erlernen erforderlich ist, dann aber namentlich auch solche, die auf Frauennarbeit angewiesen sind, wie Blusenfabriken und sonstige Konfektionsgeschäfte. Auch Kontorgeschäfte, wie Verlagsanstalten und Versandgeschäfte, verlegen vielfach ihre Wohnsitze. Es ist voraus zu sehen, daß das großstädtische Geschäftsleben sich in manchen Beziehungen ändern wird. Die Abwanderung wird dadurch stark gefördert, daß die Behörde der neuen Wohnstätte den Zugultern für mehrere Jahre, in der Regel drei, Steuerfreiheit zusichert. Auch Rentiers und Pensionäre ziehen aus den Großstädten in Mengen nach den Mittel- und Kleinstädten ab, wenn sie nur Wohnung finden.

Frankreich.

Die Franzöisierung Elsaß-Lothringens. Die deutschsprechenden Lehrer und Lehrerinnen erhielten von den französischen Behörden die Nachricht, daß sie mit dem 1. Oktober entlassen seien, falls sie nicht an einem französischen Sprachkursus teilgenommen hätten. Diese Unterrichtscurse sind kostenlos. In Paris trafen infolge dieser Verfügung zahlreiche Lehrer und Lehrerinnen ein, um an den Kursen teilzunehmen.

Amerika.

Ein Geständnis Wilsons. Laut Pressebureau Radio greift „New York Sun“ den Präsidenten Wilson an, weil er auf einer Konferenz mit Mac Cumber im Weißen Hause erklärt habe, seine Ansicht nach wäre es zum Kriege zwischen Amerika und Deutschland gekommen, auch wenn Deutschland keine Kriegs- oder ungesetlichen Handlungen gegen Ame-